

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2017

Nachrichten von COFACE –Families Europe	1
Bedürfnisse von Familienbetreuern – Fragebogen online	1
Jahresbericht 2016 veröffentlicht.....	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
In Kinder investieren – Bestandsaufnahme zur Kommissionsempfehlung	1
EuGH-Urteil zum Aufenthaltsrecht eines drittstaatsangehörigen Elternteils.....	2
EU tritt Istanbul-Konvention bei	2
Konsultation zu Europäischer Bürgerinitiative gestartet	2
Kommission bewilligt über 340 Mio. Euro für Solidaritätskorps	3
Kommission startet Konsultation zu sozialer Inklusion und gemeinsamen europäischen Werten in der Bildung.....	3
Kommission legt Strategie für hochwertige und inklusive Bildung vor	3
Europäisches Semester: Kommission gibt länderspezifische Empfehlungen ab	4
EU-Haushalt 2018: Fokus auf Beschäftigung, Investitionen, Migration und Sicherheit	4
EU-Förderung für soziale Unternehmen	4
Nachrichten aus den europäischen Staaten	5
Ungarischer Premier kündigt „Aktionsplan“ für Familien an	5
Großbritannien: Auswirkungen des Brexits auf die Sozialpolitik	5
Litauen diskutiert Defizite beim Kinderschutz.....	5
Medienkompetenz in Familien - Schweiz setzt Virtual Reality-Videos ein	5
Weitere Nachrichten	6
„Generation Erasmus+“ – Onlineforum zur Zukunft des Bildungsprogramms	6
Berichte und Studien	6
Eine Welt ohne Kinderarmut – neues UNICEF-Handbuch	6
Unicef-Studie zu Sparpolitik und Kinderarmut.....	6
EIGE-Veröffentlichungen zur Gleichstellung der Geschlechter	6
Internationaler Tag der Familie – Eurofound-Spotlight auf Vereinbarkeit	7
Neues OECD-Portal zu „Child Well-Being“	7
„Living and working in Europe“ – Eurofound-Jahrbuch 2016.....	7
Eurobarometer-Spezial	7
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten von COFACE – Families Europe

Bedürfnisse von Familienbetreuern – Fragebogen online

COFACE – Families Europe hat eine Erhebung angestoßen, die nach den Herausforderungen fragt, mit denen Familienbetreuer/innen konfrontiert sind, und die deren Bedürfnisse sichtbar machen soll. Als Familienbetreuer/in versteht COFACE – Families Europe jede Person, der/die kein/e professionelle/r Betreuer/in ist, sondern dauerhaft privateine Person mit Unterstützungsbedarf in seinem unmittelbaren Kreis betreut. Zu Personen mit Unterstützungsbedarf zählen in diesem Fall Kinder mit besonderen Bedürfnissen, Personen mit Behinderungen, ältere Menschen oder Menschen mit anderen unterstützungswürdigen Bedürfnissen (z. B. aufgrund einer chronischen Krankheit oder schweren Behinderung). Familien in Europa seien stark von aktuellen sozialen und demographischen Veränderungen betroffen. Die Familienbetreuer/innen dabei allein zu lassen, abhängige ältere Menschen oder ihre Angehörigen mit einer schweren Behinderung zu versorgen, untergrabe die soziale Teilhabe (Armutrisiko), die Gesundheit (körperliche und/oder geistige Erschöpfung) und die Gleichstellung der Geschlechter (die meisten Familienbetreuer sind immer noch Frauen) dieser Familien. Der Zweck der Umfrage ist zweifach: Einerseits sollen die Herausforderungen erforscht werden, mit denen sich Familienbetreuer beim Zugang zu adäquaten Ressourcen, Dienstleistungen oder Zeitvereinbarungen in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten auseinandersetzen müssen. Auf der anderen Seite gilt das Interesse guten Beispielen für nationale oder lokale politische Maßnahmen, die Familienbetreuern helfen, eine Balance zwischen ihrer Arbeit, ihrer Familie und ihrem persönlichen Leben zu finden. COFACE – Families Europe ruft alle Betroffenen dazu auf, den Online-Fragebogen bis 30. Juni auszufüllen. Der Fragebogen ist in Englisch, Deutsch, Französisch, Italienisch, Portugiesisch, Spanisch, Slowenisch und Ungarisch erhältlich.

➤ [Zum Fragebogen](#)

Jahresbericht 2016 veröffentlicht

COFACE – Families Europe berichtet unter der Überschrift „New policies for 21st century families“ darüber, wie sich die Organisation im Jahr 2016 auf europäischer Ebene für Familien stark gemacht hat. Neben Veranstaltungen und Initiativen aus den Bereichen Digitalisierung, Zukunft der Arbeit, Behinderung, soziale Rechte, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie finanzielle Inklusion brachte 2016 der COFACE einen neuen Namenszusatz (Families Europe), eine neue visuelle Identität und einen neuen Slogan: Eine bessere Gesellschaft für alle Familien.

➤ [Zum Jahresbericht](#)  




Nachrichten aus den EU-Institutionen

In Kinder investieren – Bestandsaufnahme zur Kommissionsempfehlung

Ein Ende April veröffentlichtes Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen widmet sich der Bestandsaufnahme zur Kommissionsempfehlung „In Kinder investieren: den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“ aus dem Jahr 2013. Diese forderte die EU-Mitgliedstaaten auf, einen integrierten Ansatz bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung von Kindern zu verfolgen. Die Kommission hatte dafür drei tragende Säulen identifiziert sowie mit Maßnahmen unterfüttert: Erstens, den Zugang zu ausreichenden Ressourcen, zweitens, den Zugang zu bezahlbaren Dienstleistungen und drittens, das Recht von Kindern auf

Teilhabe. Die Bestandsaufnahme führt nun auf, welche Fortschritte die Mitgliedstaaten in diesen drei Bereichen gemacht haben und illustriert dies mit Good Practice Beispielen. Die Autor/innen kommen zu dem Schluss, dass das europäische Gesamtbild vielfältig und dynamisch ist. Dennoch: Insbesondere die süd-östlichen Mitgliedsländer hätten aufgrund der Wirtschaftskrise keine großen Fortschritte vorzuweisen. Insgesamt habe die Kommissionsempfehlung aber insofern positive Wirkungen entfaltet, als dass sie teilweise in das Europäische Semester integriert und bei der Ausrichtung der Struktur- und Investitionsfonds berücksichtigt worden sei.

Die EU Allianz für Investitionen in Kinder, ein europäischer Zusammenschluss von Verbänden der Zivilgesellschaft, hat begrüßt, dass die Kommission eine ehrliche Bestandsaufnahme durchgeführt habe. Zu vermissen sei allerdings ein konkreter Fahrplan, wie und in welchem Zeitrahmen die Zielsetzungen der Empfehlung noch erreicht werden können.

- [Stellungnahme der EU Alliance for Investing in Children](#) 
- [Zum Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen](#)  

EuGH-Urteil zum Aufenthaltsrecht eines drittstaatsangehörigen Elternteils

Der Gerichtshof der EU (EuGH) hat am 10. Mai entschieden, dass Drittstaatsangehörige als Elternteil eines minderjährigen Kindes, das die Unionsbürgerschaft besitzt, ein abgeleitetes Aufenthaltsrecht in der EU geltend machen können. Bereits 2011 hatte der EuGH entschieden, dass die Unionsbürgerschaft des Kindes seinen Eltern ein Aufenthaltsrecht verschaffe, wenn beide Elternteile aus Drittstaaten kommen. In dem nun betreffenden Fall ging es darum zu entscheiden, ob dies auch der Fall ist, wenn nur ein Elternteil Unionsbürger/in ist. Niederländischen Behörden waren der Meinung, dass drittstaatsangehörigen Müttern nur dann ein Aufenthaltsrecht zustehe, wenn die Mütter nachwiesen, dass die Väter nicht in der Lage seien, sich um das Kind zu kümmern. Der EuGH vertritt hingegen die Auffassung, dass es für die Ablehnung einer Aufenthaltserlaubnis nicht genüge, dass der andere Elternteil, der Unionsbürger ist, die tägliche und tatsächliche Sorge für das Kind allein wahrnehmen könnte. Vielmehr seien sämtliche Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen, wie Alter, körperliche und emotionale Entwicklung und der Grad der affektiven Bindung des Kindes zu beiden Elternteilen. Insbesondere betonte das Gericht auch die Bedeutung des Rechts auf Achtung des Familienlebens und des Kindeswohls.

EU tritt Istanbul-Konvention bei

Der Ministerrat hat am 11. Mai dem Beitritt der EU zur internationalen Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zugestimmt. Die sogenannte Istanbul-Konvention des Europarats regelt seit 2014 gezielte Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz von Opfern und zur Verfolgung der Täter, die die Vertragsparteien gewährleisten müssen. Die Konvention umfasst alle Formen physischer und psychischer Gewalt, darunter auch Stalking, Genitalverstümmelung, Zwangsheirat oder Zwangsabtreibung. Die Kommission hatte im März 2016 vorgeschlagen, dass zusätzlich zu den Mitgliedstaaten auch die EU (im Rahmen ihrer Zuständigkeiten) die Konvention ratifizieren solle. Dafür hatte sich auch das Europaparlament ausgesprochen. Alle EU-Mitgliedstaaten haben das Übereinkommen bereits unterzeichnet.

Konsultation zu Europäischer Bürgerinitiative gestartet

Die EU-Kommission will die Regeln zur Teilnahme an der Europäischen Bürgerinitiative vereinfachen. Mit Blick auf eine mögliche Reform Ende des Jahres hat sie Ende Mai eine öffentliche Konsultation gestartet. Beiträge können bis zum 16. August 2017 eingereicht werden. Die Europäische Bürgerinitiative ermöglicht es

seit 2012 EU-Bürgerinnen und -Bürgern, die Europäische Kommission aufzufordern, einen Rechtsakt zu einem Thema vorzuschlagen. Dafür muss die Initiative von einer Million Bürgerinnen und Bürger aus einem Viertel aller Mitgliedstaaten unterstützt werden. Bisher wurden über 40 Bürgerinitiativen eingereicht, jedoch nur drei haben die erforderliche Mindestzahl von einer Million Unterschriften erhalten. Zwei davon – „Right2Water“ und „Stop Vivisection“ – hatten legislative Folgen auf EU-Ebene.

➤ [Zur Konsultation](#) 

Kommission bewilligt über 340 Mio. Euro für Solidaritätskorps

Am 30. Mai hat die EU-Kommission das Europäische Solidaritätskorps heute auf eine solide Basis gestellt, indem sie das Budget für die kommenden drei Jahre (341,5 Mio. Euro) wie auch eine eigene Rechtsgrundlage vorgeschlagen hat. Die Initiative könne dadurch auch ihr Angebot für junge Menschen erweitern: Neben der Möglichkeit, eine Freiwilligentätigkeit, ein Praktikum oder einen Arbeitseinsatz zu absolvieren, wird den Teilnehmer/innen jetzt auch die Gelegenheit geboten, eigene Solidaritätsprojekte ins Leben zu rufen oder sich in Freiwilligenteams zu engagieren. Mehr als 30 000 junge Menschen haben sich seit Dezember 2016 angemeldet, die ersten haben bereits ihre Einsätze begonnen. Bis Ende 2020 soll die 100 000er-Marke erreicht werden. Das Europäische Parlament und der Rat müssen dem Entwurf noch zustimmen, bevor die Verordnung in Kraft treten kann. In einer Gemeinsamen Erklärung hatten sich die EU-Organe verpflichtet, das Gesetzgebungsverfahren noch vor Ende dieses Jahres abzuschließen.

Kommission startet Konsultation zu sozialer Inklusion und gemeinsamen europäischen Werten in der Bildung

Wie können die europäischen Bildungseinrichtungen junge Menschen dabei unterstützen, ihr Leben trotz Bedrohung durch Armut, wachsenden Populismus und gewalttätigen Extremismus in unseren immer vielfältigeren Gesellschaften erfolgreich zu meistern? So lautete die zentrale Frage einer öffentlichen Konsultation, die die Europäische Kommission am 19. Mai angestoßen hat. Langfristig gesehen sei das wirksamste Mittel gegen soziale Ausgrenzung, die bei manchen Menschen zur Radikalisierung beiträgt, qualitativ hochwertige Bildung ab der Vorschule. Über die Konsultation sammelt die Kommission nun Ideen, wie diese in Zukunft auf europäischer Ebene besser gefördert werden kann. Beiträge können bis 11. August über den Online-Fragebogen eingereicht werden. Sie sollen als Grundlage für den Entwurf einer Ratsempfehlung zum Thema dienen, die noch vor Ende des Jahres vorgelegt werden soll.

➤ [Zur Konsultation](#)

Kommission legt Strategie für hochwertige und inklusive Bildung vor

Die EU-Kommission will die Mitgliedstaaten bei der Bereitstellung hochwertiger und inklusiver Bildung unterstützen, die alle jungen Menschen erreicht. Dazu hat sie am 30. Mai neue Initiativen zur Schul- und Hochschulbildung verabschiedet. Zwar werden Entscheidungen im Bildungsbereich auf nationaler und regionaler Ebene getroffen. Die EU unterstützt jedoch die Mitgliedstaaten und so will die Kommission für den schulischen Bereich Folgendes unternehmen: Förderung der Kompetenzentwicklung und des interkulturellen Lernens durch Schulpartnerschaften, Mobilitäts- und eTwinning-Projekte im Rahmen von Erasmus+, die Stärkung des Peer Learnings in Bezug auf die Laufbahnmöglichkeiten und die berufliche Weiterentwicklung von Lehrkräften sowie Schulleiter/innen sowie die Einrichtung eines neuen Unterstützungsmechanismus für Mitgliedstaaten, die Hilfe bei der Entwicklung und Umsetzung von Bildungsreformen anfordern.

In Bezug auf die Hochschulbildung hat die Kommission folgende vier prioritäre Bereiche identifiziert: 1) Absolvent/innen sollen nach ihrem Abschluss über die Kompetenzen verfügen, die sie und die moderne Wirtschaft benötigen, 2) die Hochschulsysteme sollen inklusiv werden, 3) Hochschuleinrichtungen sollen zur Innovation in den übrigen Bereichen der Wirtschaft beitragen und 4) Hochschuleinrichtungen und Regierungen sollen unterstützt werden, um die zur Verfügung stehenden Human- und Finanzressourcen bestmöglich zu nutzen.

Europäisches Semester: Kommission gibt länderspezifische Empfehlungen ab

Am 29. Mai hat die EU-Kommission ihre jährlichen länderspezifischen Empfehlungen vorgelegt, in denen sie den Mitgliedstaaten wirtschaftspolitische Maßnahmen für die kommenden 12-18 Monate anräht. Insgesamt gelte: Die Mitgliedstaaten sollten – bei unterschiedlichen Prioritäten – den aktuellen Aufschwung zu Strukturreformen, Investitionen und Haushaltskonsolidierung nutzen, um ein inklusiveres, kräftigeres und nachhaltigeres Wachstum anzuregen.

Deutschland solle die öffentlichen Investitionen ankurbeln – insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung. Auch bei Infrastrukturinvestitionen gebe es Planungsengpässe, die Steuer- und Abgabenbelastung für Geringverdiener sei nach wie vor zu hoch und bei der Entwicklung der Reallöhne gebe es Luft nach oben.

Die Empfehlungen sind Teil des Europäischen Semesters zur wirtschaftspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene. Im Februar hatte die Kommission ihre Länderberichte mit einer eingehenden wirtschaftlichen und sozialen Analyse für jeden Mitgliedstaat vorgelegt. Im April haben die Mitgliedstaaten darauf mit ihren nationalen Reformprogrammen reagiert. Die Kommission ersucht nun den Rat, die länderspezifischen Empfehlungen anzunehmen, und fordert die Mitgliedstaaten auf, diese vollständig und fristgerecht umzusetzen.

EU-Haushalt 2018: Fokus auf Beschäftigung, Investitionen, Migration und Sicherheit

Die EU-Kommission hat am 30. Mai den Haushaltsentwurf für 2018 vorgelegt. Der Entwurf sieht unter anderem über 161 Mrd. Euro für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie strategische Investitionen und Wachstumsimpulse vor. Die Aufstockung der Ausgaben sollen vor allem jungen arbeitssuchenden Menschen zu Gute kommen. Daneben sollen weiterhin effektiv den Herausforderungen begegnet werden, die mit der Migration innerhalb und außerhalb der EU verbunden sind. Im Sicherheitsbereich werden mit EU-Mitteln vornehmlich Maßnahmen zur Prävention von schwerer und organisierter Kriminalität gefördert. Dies umfasst eine bessere Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den nationalen Strafverfolgungsbehörden, verschärfte Sicherheitskontrollen an den Außengrenzen der EU und die Unterstützung der Mitgliedstaaten im Kampf gegen Terrorismus und Cyberkriminalität.

EU-Förderung für soziale Unternehmen

Immer mehr bürgerschaftliche Initiativen widmen sich sozialen Innovationen. Die EU sieht darin einen wichtigen Weg, um die zunehmend komplexen sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Gesellschaften bewältigen zu helfen. Das unternehmerische Potenzial für soziale Innovationen bliebe jedoch bislang weitgehend unerschlossen. Die neue *Social Challenges Innovations Platform* soll das ändern. Sie zielt darauf ab, ein Online-Ökosystem zu schaffen, das die Interaktion zwischen sozialen Innovatoren und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fördert, um nachhaltige und marktfähige Innovationen mit klaren sozialen

Auswirkungen zu entwickeln und umzusetzen. Dafür wurden 27 Herausforderungen formuliert, zu denen jeweils drei Lösungsvorschläge mit je 30.000 Euro gefördert werden können.

- [Zur Plattform](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Ungarischer Premier kündigt „Aktionsplan“ für Familien an

Vor dem umstrittenen religiös-rechtskonservativen *World Congress of Families* in Budapest hat der ungarische Premierminister Viktor Orbán einen Aktionsplan für Familien angekündigt, mit dem er die ungarische Geburtenrate erhöhen will – auch als Mittel gegen eine „Umvolkung“ durch Flüchtlinge. Der Aktionsplan soll in erster Linie finanzielle Erleichterungen für Familien mit mehr als zwei Kindern bringen, etwa in Bezug auf Einkommenssteuern, Hypothekenbelastungen oder die Bedingungen von Studienkrediten.

Großbritannien: Auswirkungen des Brexits auf die Sozialpolitik

In einem Flash Report des Europäischen Netzwerks für Sozialpolitik wird diskutiert, welche Auswirkungen der Austritt Großbritanniens aus der EU für die britische Sozialpolitik hat. Die Autor/innen gehen davon aus, dass beispielsweise die Wohnungspolitik stark betroffen sein wird. Insgesamt befürchten sie, dass die Debatten um den Brexit von sozialen Problemstellungen im Land ablenken und so strukturelle Reformen behindern werden.

- [Zum Flash Report](#)  

Litauen diskutiert Defizite beim Kinderschutz

Der Tod eines Kindes durch familiäre Gewalt hat in Litauen seit Anfang des Jahres eine neue Debatte über die Defizite des Kinderschutzsystems angefangen. Ein Flash Report des Europäischen Netzwerks für Sozialpolitik gibt einen Überblick über die diskutierten Reformansätze.

- [Zum Flash Report](#)  

Medienkompetenz in Familien - Schweiz setzt Virtual Reality-Videos ein

Mit Bildern und Videos können Botschaften eingängig vermittelt werden. Das gilt auch in der Prävention. Die Plattform Jugend und Medien des schweizerischen Bundesamtes für Sozialversicherungen hat Virtual-Reality-Präventionsvideos zu den Chancen und Risiken digitaler Medien veröffentlicht. Die Clips richten sich an Eltern und Großeltern von 7- bis 12-jährigen Kindern. Die Neuheit besteht in der verwendeten Technik: Dank Virtual Reality können die Erwachsenen in die Welt des Kindes eintauchen und dessen Erfahrungen hautnah aus dessen Sicht erleben. Jedes der sechs Präventionsvideos beginnt mit einer Reihe von Fragen an die Eltern: Kennen Sie die Lieblingsapps Ihres Kindes? Wissen Sie, wie viel Zeit Ihr Kind im Internet verbringt? Wie kann man Cybermobbing erkennen? Wie kann man über gewalttätige und pornografische Inhalte reden, mit denen Ihr Kind manchmal konfrontiert ist? Thematisiert werden die sozialen Netzwerke, Regeln zur Nutzung der digitalen Medien oder auch die Verzerrung der Realität.

- [Zu den Videos und mehr Informationen bei jugendundmedien.ch](#)

Weitere Nachrichten

„Generation Erasmus+“ – Onlineforum zur Zukunft des Bildungsprogramms

Neun Millionen Studierende, Auszubildende, Freiwillige, Lehrkräfte und Ausbilder sind seit der Gründung des EU-Bildungsprogramms Erasmus im Jahr 1987 Teil der „Generation Erasmus+“. Für sie und alle zukünftigen Teilnehmer hat die Europäische Kommission den virtuellen Treffpunkt Generation Erasmus+ eingerichtet. Hier soll auch diskutiert werden, wie das Programm nach 2020 aussehen könnte. Die interaktive Plattform bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten für den Austausch von Ideen, Erfahrungen und Videos sowie für Diskussionen und Veranstaltungen in ganz Europa.

- [Zum Erasmus+ Generation Online Meeting Point](#) 

Berichte und Studien

Eine Welt ohne Kinderarmut – neues UNICEF-Handbuch

Gemeinsam mit der *Global Coalition to End Child Poverty* hat UNICEF ein Handbuch herausgegeben, das den Wissens- und Erfahrungsschatz der herausgebenden Organisationen zusammenfasst und daraus konkrete Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut ableitet. Die fünf Kapitel sind je einem Meilenstein auf dem Weg zu einem integrierten nationalen Ansatz gewidmet, mit dem die Nachhaltigen Entwicklungsziele der UN umgesetzt werden können.

- [Zum Handbuch](#)  

Unicef-Studie zu Sparpolitik und Kinderarmut

Wie hat sich die Austeritätspolitik infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Lange von Kindern ausgewirkt? Eine Unicef-Studie geht dieser Frage nach und kommt zu dem Schluss, dass selbst in wohlhabenden Ländern negative Effekte für die Situation von Kindern festzustellen seien. Untersucht wurden Belgien, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Japan, Schweden, Großbritannien und die USA. Diese Länder deckten eine große Bandbreite ab, was ihre Ausgangssituation, die Schwere der Krise und ihre politischen Antworten darauf betrifft. Deshalb könne man wertvolle Lehren aus der Analyse ableiten. Die Befunde lauten: Die Wirtschaftskrise hat Kinder besonders hart getroffen. Doch gerade in dieser Krisensituation hätten die Staaten die Unterstützung für Familien zurückgefahren. Und nicht nur familienpolitische Maßnahmen, sondern auch Einsparungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und sonstigen öffentlichen Dienstleistungen trafen Familien in besonderem Maße. Die Unterschiede, die sich zwischen den einzelnen Ländern offenbarten, wiesen darauf hin, dass, um Kinderarmut entgegenzuwirken, sowohl einkommensbezogene als auch bedarfsabhängige Leistungen notwendig seien sowie Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen für Geringverdienende. Darüber hinausgehende kindbezogene Leistungen seien zwar kein Allheilmittel, aber dennoch ein bedeutsames Element für das Sicherheitsnetz von Familien.

- [Nähere Informationen bei Unicef](#) 

EIGE-Veröffentlichungen zur Gleichstellung der Geschlechter

Das Europäische Institut für die Gleichstellung der Geschlechter hat im Mai einer Reihe von Veröffentlichungen herausgebracht, die die Gleichstellung der Geschlechter in Europa aus verschiedenen

Blickwinkeln beleuchtet. Beispielsweise hat das Institut eine gleichstellungspolitische Bewertung der Europäischen Säule sozialer Rechte vorgenommen. Ein Forschungspapier befasst sich mit dem Zusammenhang von Geschlecht, Qualifikation und Arbeitsmarktchancen. Eine Literaturstudie diskutiert, inwiefern Gleichstellungspolitiken und wirtschaftlicher Erfolg eines Landes miteinander korrelieren.

- [Zu den EIGE-Veröffentlichungen](#) 

Internationaler Tag der Familie – Eurofound-Spotlight auf Vereinbarkeit

Anlässlich des Internationalen Tags der Familie am 15. Mai hat die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) ihr breit gefächerten Forschungsergebnisse zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in einer Übersicht zusammengestellt. Sie erlauben einen Überblick über die unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten, wenn es um Regelungen wie Mutterschutz, Elternzeit, Arbeitszeitmodelle oder Kinderbetreuung geht.

- [Zur Übersicht](#) 

Neues OECD-Portal zu „Child Well-Being“

Ein neues Onlineportal der OECD bietet Zugang zu Informationen rund um das Thema Kindeswohl: über verbandliche und politische Initiativen, über neue Publikationen sowie zu Daten und Informationsmaterial der unterschiedlichen Akteure, die sich mit dem Thema beschäftigen.

- [Zum Informationsportal](#) 

„Living and working in Europe“ – Eurofound-Jahrbuch 2016

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) hat die 2016er Ausgabe ihres Jahrbuchs veröffentlicht. Darin werden aktuelle Entwicklungen in den Arbeits- und Lebenswelten der Europäer/innen nachgezeichnet. Die Forschungen von Eurofound reichen dabei von verschiedenen Management-, Arbeits- und Entlohnungsmodellen über Wohnungspolitik hin zur Arbeitsmarktintegration von jungen Menschen und Geflüchteten.

- [Zum Jahrbuch](#)  

Eurobarometer-Spezial

Laut der aktuellen Eurobarometer-Umfrage im Auftrag des Europäischen Parlaments ist die EU-Mitgliedschaft für eine steigende Anzahl an Europäern und Europäerinnen (57 Prozent) eine gute Sache. In einigen Handlungsfeldern sei sogar „mehr Europa“ nötig, finden 7 von 10 Befragten. Die Zahlen entsprechen damit dem Stand des Vorkrisen-Niveaus von 2007. Bei allen Fragen sind allerdings große Unterschiede zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten festzustellen. Das „Eurobarometer Spezial“ wurde vom 18. März bis 27. März 2017 in den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt. Rund 28.000 Unionsbürger und -bürgerinnen wurden befragt.

- [Zu den ausführlichen Ergebnissen](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
2. Juni 2017 Berlin, Deutschland	Was geht mich die Zukunft Europas an?	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
04.-07. Juni 2017 Dublin, Irland	World Congress on Family Law and Children's Rights	World Congress on Family Law and Children's Rights
8. Juni 2017 Brüssel, Belgien	Right to Energy Coalition – Kick-off Meeting	EAPN & EPSU
08.-09. Juni 2017 Galway, Irland	Rediscovering Empathy; Values, Relationships and Practice in a Changing World – 2017 UNESCO Child and Family Research Centre 8th Biennial International Conference	UNESCO Child and Family Research Centre
15. Juni 2017 Brüssel, Belgien	Learning from the past to Beyond 2020 – What EU strategy to fight poverty, exclusion and inequality?	European Anti-Poverty Network
21. Juni 2017 Berlin, Deutschland	Measuring Children's Rights: Why We Need Indicators	The National Coalition Germany
24.-26. Juni 2017 Valetta, Malta	25th European Social Services Conference	European Social Network
26.-27. Juni 2017 Brüssel, Belgien	Civil Society Days	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
24.-26. Juli 2017 Danzig, Polen	European Youth Conference	Heinrich Böll Stiftung
25.-29. Juli 2017 Amsterdam, Niederlande	Family Law and Family Realities – ISFL World Conference	International Society for Family Law (ISFL)
29. Juli - 4. Aug. 2017 Caux, Schweiz	CATS (Children as actors for transforming society) Forum 2017	CATS Europe
1.-4. Okt. 2017 Den Haag, Niederlande	15th International Society for the Prevention of Child Abuse and Neglect (ISPCAN) European Regional Conference	ISPCAN Europe
5.-7. Okt. 2017 Antwerpen, Belgien	15th Meeting of the European Network for the Sociological and Demographic Study of Divorce	Research Centre for Longitudinal and Life Course Studies
13. Okt. 2017 Riga, Lettland	Coordination of family benefits, unemployment benefits and the application of coordination rules in case of posted workers	FreSsco Network
20.-21. Okt. 2017 Lodz, Polen	Social Innovations For Children And Youth: Research And Practice	Universität Lodz

27. Okt. 2017 Zagreb, Kroatien	Recent developments and proposed changes in the area of posting and family benefits' coordination	FreSsco Network
1.-4. Nov. 2017 Valetta, Malta	International Foster Care Organisation (IFCO) World Conference	IFCO
4. Nov. 2017 Luxemburg, Luxemburg	Common social values and principles & social governance	EWSA
23.-24. Nov. 2017 Pamplona, Spanien	Towards an effective implementation of community based services in child care	FICE Spain

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

